TIROLER GEMEINDEZEITUNG

OFFIZIELLE ZEITSCHRIFT DES TIROLER GEMEINDEVERBANDES

# GEMEINDETAG IN KITZBÜHEL

Ehrungen waren einer der Höhepunkte beim 58. Österreichischen Gemeindetag in Kitzbühel! Ausgezeichnet wurden der frühere Kärntner Präsident Hans Ferlitsch (links), sein langjähriger Stellvertreter Vinzenz Rauscher (rechts) und der scheidende Generalsekretär Dr. Robert Hink (Zweiter von links). Neben Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer (Zweiter von rechts) gratulierte auch Bundespräsident Heinz Fischer. **Seiten 4/5**

Foto: Peter Leitner

**Ausgabe 5/6 2011**

Besuchen Sie uns auch im Internet!
**www.gemeindeverband.tirol.gv.at**
Telefon: 0512/587130
Anschrift:
Adamgasse 7a
6020 Innsbruck

„Sponsoring Post"
Verlagspostamt
6020 Innsbruck
GZ 02Z030434 S

## Aus dem Inhalt

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- EU-Förderprogramm bietet Chancen für Gemeinden 6/7
- Kommunen verpflichten sich zu Nulldefizit 9
- Energiepartnerschaft mit A++Gemeinden 10/11
- Umfangreiche Analysen durch die CTUA 12
- Landesgesetze und Verordnungen 14
- Weniger Schilder, mehr Verkehrssicherheit 19

ADRESSE:

# Die Meinung des Präsidenten

## *Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, geschätzte Leser*

*„Die Herausforderungen für die Südtiroler Gemeinden sind mit den unsrigen vergleichbar."*

Unlängst war ich zu Gast beim Südtiroler Gemeindetag und konnte feststellen, dass die Herausforderungen für die Südtiroler Gemeinden mit den unsrigen jedenfalls vergleichbar, wenn auch in manchem Detail unterschiedlich sind. Da wie dort wird über die Strukturen der Kinderbetreuung, über die langfristige Absicherung der Pflege, über Raumordnung und vor allem über die Finanztransfers zwischen den Gemeinden und dem Land diskutiert. Es klang also alles recht vertraut.

### Nulltarife sind nicht haltbar

*„Der Nulltarif für öffentliche Leistungen ist auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Man wird beispielsweise bei der Kinderbetreuung Beiträge der Eltern und bei der Pflege Beiträge der Kinder einheben müssen."*

In einer bemerkenswerten Rede hat mir Landeshauptmann Luis Durnwalder besonders in einem Punkt aus der Seele gesprochen. Er hat gemeint, dass der Nulltarif für öffentliche Leistungen auf Dauer auch in Südtirol nicht aufrecht zu erhalten sein wird. Man wird beispielsweise bei der Kinderbetreuung Beiträge der Eltern und bei der Pflege Beiträge der Kinder einheben müssen. Ich bin der Meinung, dass die Parole „alles gratis", ohne die Einkommenssituation der Betroffenen anzusehen, kein Ausdruck von Reichtum, sondern des Populismus ist. Unsozial ist es obendrein.

Unbestritten hat die öffentliche Hand die Strukturen zur Verfügung zu stellen, aber deswegen muss und darf nicht jede Leistung zum Nulltarif angeboten werden. Das hält die robusteste Volkswirtschaft auf Dauer nicht aus.

### Verhandlungen mit Ärztekammer

Mit Vertretern der Ärztekammer hat es eine neuerliche Verhandlungsrunde zur Abgeltung der sprengelärztlichen Tätigkeit gegeben. Wir sind noch zu keiner Einigung gekommen. Der Knackpunkt ist das von der Ärztekammer geforderte Bereitschaftshonorar. Nachdem die Tätigkeit des Sprengelarztes auf die Totenbeschau, auf die Einweisung nach dem Unterbringungsgesetz (eine Aufgabe des Bundes), das Tätigwerden nach dem Epidemiegesetz (ist auch nicht eine tägliche Herausforderung) und die Sachverständigentätigkeit bei Suchtgift und Alkohol nach dem Kraftfahrzeuggesetz reduziert wurde, vertreten wir die Auffassung, dass ein angemessenes Honorar für das konkrete Einschreiten bezahlt werden soll. Dieses Einschreiten ist nämlich unregelmäßig und oft tage-, ja gar wochen- und monatelang nicht notwendig.

Solche Regelungen des

DAKA
UNTERNEHMENSFAMILIE DAKA - IHR PARTNER IN ENTSORGUNGSFRAGEN

Abfallwirtschaft · Entsorgungssysteme · Kanalarbeiten · Tankarbeiten · Sanierungsarbeiten
Speiseresteentsorgung · Schlachtabfall- u. Tierkadaversammlung · Verwertung von Klärschlamm
Restmüllentsorgung · Kreislaufwirtschaft · Sammelpartner der ARA · Elektroaltgeräteentsorgung
www.daka.cc
DAKA Entsorgungsunternehmen GmbH & Co.KG, Bergwerkstraße 20, 6130 Schwaz, Austria, T +43(0)5242/6910 · office@daka.cc

anlassbezogenen Honorars gibt es in anderen österreichischen Bundesländern. In Kärnten werden die Totenbeschauen von den Amtsärzten durchgeführt, es funktioniert problemlos. Vier Deutsche Bundesländer haben beispielsweise diese Form der Totenbeschau überhaupt abgeschafft und nichts ist passiert. Es spricht auch bei uns nichts dagegen, Rechtsgrundlagen zu schaffen, dass etwa die Totenbeschau von jedem Allgemeinmediziner vorgenommen werden kann. Dazu zählen auch die Notärzte, welche ja vor Ort oft den Tod feststellen, aber – aus welchen Gründen immer – keine Totenbeschau durchführen dürfen. Ein Bereitschaftshonorar für Totenbeschauen durch Sprengelärzte wäre entbehrlich, wenn jeder Allgemeinmediziner herangezogen werden kann. Dass diesem sein Einschreiten entsprechend abgegolten wird, steht außer Streit. Ich weiß mich hier mit vielen Kolleginnen und Kollegen in Übereinstimmung, und ich werde das bei den mit dem Land notwendigen und anstehenden Gesprächen auch entsprechend artikulieren.

Foto: C. Walch

*„In Sachen Pflege müssen Sitzungseffizienz und Sitzungsökonomie gesteigert werden."*

## Finanzierbares Pflegesystem

Das Land Tirol hat in enger Absprache mit dem Gemeindeverband vor einem halben Jahr eine Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Pflege installiert. Die Kernfragen sind: Wie soll es vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, die übrigens gnadenlos so eintreten wird, wie prognostiziert, gelingen, das System langfristig finanzierbar zu gestalten? Wie kann das Zusammenspiel von stationärer und mobiler Pflege optimiert werden? Der Tiroler Gemeindeverband ist in dieser Arbeitsgruppe durch die Bürgermeister Mag. Hannes Tratter und Günther Fankhauser vertreten. Sie berichten mir natürlich laufend, und wir haben den Eindruck, dass die Sitzungsanzahl, die Sitzungsdauer und die Flut an Unterlagen ein Vorankommen hemmen. Hier muss es gelingen, die Sitzungsökonomie und Sitzungseffizienz zu steigern.

Zum heiß diksutierten Agrarthema will ich an dieser Stelle nichts sagen. Natürlich beobachten wir die Umsetzung der einschlägigen Landesgesetze (TFLG, TGO) und der höchstgerichtlichen Erkenntnisse durch die Behörde und den Landesagrarsenat genau, und es wird demnächst einen ausführlichen „Lagebericht" meinerseits geben.

**Herzlichst,**
**Ernst Schöpf**


...mein Traum

**Tagen auf 1000 Metern Seehöhe**

Das *FERIENSCHLÖSSL* am Haimingerberg –
***Der ideale Seminarort!***

Modernste technische Geräte, ein optimales Raumangebot und ein speziell zugeschnittenes Rahmenprogramm machen das Ferienschlössl zum gefragten Tagungshotel. Hier können sie studieren und genießen!

**Hotel Ferienschlössl**
Familie Prantl-Plieschnig
Haimingerberg 42A
6425 Haiming
Tel. +43 (0) 5266/87178
Fax: +43 (0) 5266-87178-7
www.ferienschloessl.at
hotel@ferienschloessl.at

# Österreichs Gemeinden stöhnen unter der Belastungsspirale

*„Österreichs Gemeinden sind Sparmeister, Reformmotoren und die besten Manager in Krisensituationen. Und oft leider auch die Lastesel der Nation.“*

Foto: Peter Leitner

**Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer fand beim 58. Österreichischen Gemeindetag in Kitzbühel deutliche Worte.**

**Mehr als 2000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Österreich hatte der 58. Österreichische Gemeindetag nach Kitzbühel gelockt. Einigkeit herrschte bei der größten kommunalpolitischen Veranstaltung des Landes darüber, dass die Herausforderungen in der Zukunft nicht weniger werden. Im Gegenteil!**

„Wir haben vieles erreich. Doch die Pflege wird auch in Zukunft ein dicker Brocken in den kommunalen Budgets bleiben. Dazu bekennen wir uns. Trotz des Pflegefondsgesetzes, dass enorme Kostensteigerungen abfedert, können wir uns aber nicht gemütlich zurücklehnen. Wir benötigen eine langfristige Lösung ab 2014“, stellte Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer fest.

*„Finden wir keine Lösung für die soziale Absicherung der Bürgermeister, stehen wir bald vor einem demokratiepolitischem Supergau.“*

## Budgets werden konsolidiert

Das Bekennen zur Konsolidierung der Budgets stelle den Gemeinden Österreichs ein gutes Zeugnis aus. „Wünschen würde ich mir eben dies aber auch von anderen Gebietskörperschaften.“

Für Mödlhammer steht außer Frage: „Österreichs Gemeinden sind Sparmeister, Reformmotoren und die besten Manager in Krisensituationen. Und oft leider auch die Lastesel der Nation. Zu 99,99 Prozent wird in unserer Kommunen hervorragend gearbeitet. Und dafür gebührt den handelnden Personen große Anerkennung.“

Eine klare Absage erteilte der Präsident all jenen Kritikern, die im Zusammenhang mit den Gemeinden einen aufgeblähten Verwaltungsapperat sehen. „Österreichweit haben die Gemeinden 75.000 Mitarbeiter. 80 Prozent davon sind im Dienstleistungsbereich tätig. Und nur 20 Prozent, also 15.000, in der Verwaltung. Deshalb gibt‘s von uns auch ein klares Nein zu Gemeindezusammenlegungen. Denn größer heißt ganz gewiss nicht billiger.“

## Soziale Sicherheit für Bürgermeister

Als einen wichtigen Punkte für die nahe Zukunft erachtet Mödlhammer die dringend notwendige soziale Absicherung für Bürgermeister. „Wenn es da keine Lösung gibt, stehen wir bald vor einem demokratiepolitischem Supergau, da sich keine Personen für diese Ämter mehr finden.“

Fotos: Peter Leitner

**Im Geiste der Gemeinsamkeit Kompromisse finden will Bundeskanzler Werner Faymann.**

**Im Gespräch: Landeshauptmann Günther Platter (links) und Bundespräsident Heinz Fischer.**

**Ex-Präsident aus Kärnten mit amtierendem Präsidenten aus Tirol: Hans Ferlitsch (links) und Ernst Schöpf.**

## Gemeinsam anstrengen!

**Bundespräsident Heinz Fischer**

Von Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer als Bürgermeister h.c. Österreichs angekündigt, zeigte Bundespräsident Heinz Fischer in Kitzbühel großes Verständnis für die Sorgen der Gemeinden. „Das die Menschen älter werden, ist positiv zu sehen. Vor allem, dass dies für die meisten Menschen in einem relativ guten und mobilen Zustand möglich ist. Wir müssen uns aber alle gemeinsam anstrengen, um die daraus resultierenden zusätzlichen finanziellen Belastungen abzufedern."

Fischer wartete auch mit Zahlen auf. In den vergangenen 40 Jahren ist das Durchschnittsalter um zehn Jahre gestiegen. In den nächsten 40 Jahren wird sich die Zahl der über 60-Jährigen verdoppeln, jener der über 80-Jährigen verdreifachen.

*„Bund, Länder und Gemeinden dürfen sich nicht auseinander dividieren lassen. Ich bin für einen Stil der Gemeinsamkeit."*

*Bundeskanzler Werner Faxmann*

*„Geht es den Gemeinden gut, geht es dem ganzen Land gut. Wir müssen aber darauf achten, dass die Regionen gegenüber den Städten nicht benachteiligt werden."*

*Landeshauptmann Günther Platter*

*„Es ist unser aller Aufgabe, einem primitiven Nationalismus entgegen zu treten."*

*Bundespräsident Heinz Fischer*

# EU-Förderprogramm bietet Chancen für die Gemeinden

*Der Zweitgrößte Budgetbereich der EU setzt seinen Fokus darauf, Regionen zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu führen.*

Die EU-Regionalpolitik ist mit einer Dotierung von rund 350 Mrd. € für die Förderperiode 2007-2013 eine der wichtigsten EU-Politikschwerpunkte. Der zweitgrößte Budgetbereich der EU setzt seinen Fokus darauf, Regionen zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu führen, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken und gleichzeitig Inhalte und Erfahrungen zu verschiedenen Themen auszutauschen.

Darunter fällt auch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG, die Kooperationen zwischen Partnern in benachbarten Grenzgebieten als auch in verschiedenster Regionen der EU ermöglicht. Aus österreichischer Sicht wurden über diese Initiative alleine von 1995 bis Ende 2007 mehr als 1.000 grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Projekte mit anderen Staaten gefördert.

## Entwicklung mit klaren Prioritäten

*Das Programm INTERREG-Bayern – Österreich 2007-2013 ist speziell für diese Region konzipiert.*

Das Programm INTERREG Bayern – Österreich 2007-2013 ist speziell für diese Region konzipiert und hat sich folgenden grundsätzlichen Zielen verpflichtet:

•Grenzbezogene Barrierewirkungen (z.B. institutionelle, infrastrukturelle, ökonomische, gesetzliche) vermindern

•Die grenzüberschreitender Zusammenarbeit intensivieren

•Die Lebensqualität erhöhen und den Grenzraum als Wohn-, Arbeits- und Erholungsumgebung attraktiver gestalten

•Einen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum entwickeln, der die Erwerbsmöglichkeiten in allen Teilräumen und für alle Bevölkerungsgruppen sichert

Zur Umsetzung dieser Punkte stehen in der Periode 2007 – 2013 insgesamt über € 72 Mio. zur Verfügung. Unterstützt werden Aktivitäten in thematisch breit gestreuten Bereichen, die eine signifikant positive Auswirkung auf die grenzübergreifende regionale Entwicklung erwarten lassen.

## Einigung auf regionaler Ebene

„Denke global, handle lokal“ lautet der Leitspruch der Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge – Mangfalltal. Diese als Verein organisierte Plattform nutzt die INTERREG-Initiative und hilft bei der Anbahnung von Projekten zu Gunsten der Region zwischen Traunstein, Rosenheim, Kitzbühel, Kufstein und der dort ansässigen Bürger.

Die Euregio wurde im Jahr 1998 gegründet und hat aktuell 85 Mitglieder (in erster Linie Gemeinden, öffentliche Verwaltungen, Interessensvertretungen, Vereine und Bildungseinrichtungen aus Bayern und Tirol). Eine eigene Geschäftsstelle mit Sitz an der Fachhochschule Kufstein agiert als Organisator und Beratungsorgan für die vielfältigen Tätigkeiten. Im Mittelpunkt stehen dabei

•die Grenzraumentwicklung – z.B. durch spezifische Veranstaltungen, Ideenfindung oder Anstoß für passende Initiativen

•die Projektunterstützung und –beratung für INTERREG-Großprojekte

•sowie die eigenständige, koordinierte Vergabe von EU-Mitteln im Rahmen des Euregio-Kleinprojektefonds

## Großprojekte um 2,1 Mio. Euro

In den vergangenen Monaten wurden in der Euregio Inntal Großprojekte aus den Bereichen Tourismus, Wirtschaft, Soziales und Netzwerke mit Gesamtkosten von rund € 2,1 Mio. genehmigt. Dazu kamen Kleinprojekte („people to people – Ebene“) mit rund € 100.000,-- Gesamtkosten.

Zahlreiche Gemeinden sind als Partner dabei und fungieren als wichtige Motoren für eine attraktive Gestaltung des Grenzraums. Sie können von den Projektergebnissen

und den verbundenen Zuschüssen aus EU-Fördertöpfen von bis zu 60 % der Gesamtkosten nachhaltig profitieren.

Zukünftig wird es immer wichtiger werden, die gemeinsamen, regionsübergreifenden Potenziale herauszuarbeiten und Ressourcen zu bündeln. Funktionierende Netzwerke schaffen für die Beteiligten einen konkreten Nutzen.

Die Euregio Inntal lädt zur Zusammenarbeit ein, sieht sich als wichtiges Verbindungselement dieser Entwicklung und unterstützt so den Gedanken eines zusammenwachsenden Europas.

Konkrete Informationen zur Antragstellung, Projektanforderungen und INTERREG-Förderkriterien finden Sie unter folgenden Links. Gerne steht Ihnen auch die Euregio-Geschäftsstelle für Auskünfte zur Verfügung:

Euregio Inntal - Chiemsee - Kaisergebirge - Mangfalltal
GF Mag. (FH) Walter Weiskopf
Andreas Hofer Straße 7, A-6330 Kufstein
Tel.: +43/(0)5372/71819-193
Email: office@euregio-inntal.com
Web: http://www.euregio-inntal.com

## Gemeinden wehren sich

Gegen die Mitfinanzierung von Kosten bei der Errichtung von Bahnübergängen wehren sich Tirols Gemeinden. In Thal/Assling in Osttirol entstehen dadurch etwa Kosten in Höhe von 250.000 Euro. Hintergrund des Streits ist ein Gesetzesentwurf von Verkehrsministerin Doris Bures von der SPÖ, demnach die Gesamtsumme von einer Viertelmilliarde Euro in 2.200 Bahnübergänge investiert werden soll.

www.we-tirol.at

Ihr Partner bei Hausverwaltung und Gebäudemanagement

Als gemeinnütziger Wohnbauträger schafft die WE für die Tiroler Bevölkerung leistbaren Wohnraum. Mit der Kompetenz bei Hausverwaltung und Gebäudemanagement sorgen wir dafür, dass Ihr Eigenheim auch weiterhin so gut erhalten bleibt wie es ist.

**Unsere Leistungen im Überblick:**
- Heizkostenabrechnung
- Abwicklung von Großinstandsetzungen
- Abwicklung von Versicherungsschäden
- Umfassende Auskunft und Beratung
- Umfangreiche Betreuung der Wohnanlagen
- Aufnahme und Veranlassung von Reparaturen
- Schadensabwicklung
- Interessensvertretung

**Jetzt informieren – wir beraten Sie gerne:**
Tel. 0512 53 93-0, hausverwaltung@we-tirol.at

wohnungsEIGENTUM
hier bin ich daheim.

ACC

# ÖWD schnürt Parkraumpakete

## *Vorteil für Gemeinden: Mehr Einnahmen, weniger Kosten*

**Mag. Michael Unterweger**
ÖWD-Landesleiter Tirol

ÖWD-Gruppe Tirol
ÖWD–ARS–PGR–TMS
Rennweg 7
6020 Innsbruck
Tel. 0512-583363-0
Fax-DW: 16
www.owd-gruppe.at

**Speziell für Kommunen: Der ÖWD deckt mit dem Produkt „Full digital Service", in Kooperation mit A1 Telekom, alles rund um die Parkraumbewirtschaftung für Kommunen qualitätssicher ab: Mehr Service für die Bürger – modern und einfach mit Handy Parken – deutlich geringere Kosten durch weniger oder keine Parkautomaten.**

Der Österreichische Wachdienst stellt den Gemeinden intelligente Lösungen zur Parkraumbewirtschaftung zur Verfügung und kümmert sich um die gesamte Logistik. In Kooperation mit Handyparken von A1 Telekom können Bürger via SMS einen Parkschein kaufen. Bezahlt wird über Mobiltelefon.

Fotos: ÖWD

**Der ÖWD deckt die Parkraumbewirtschaftung für Kommunen qualitätssicher ab.**

### Bewährte Straßenaufsichtsorgane & eigene Software

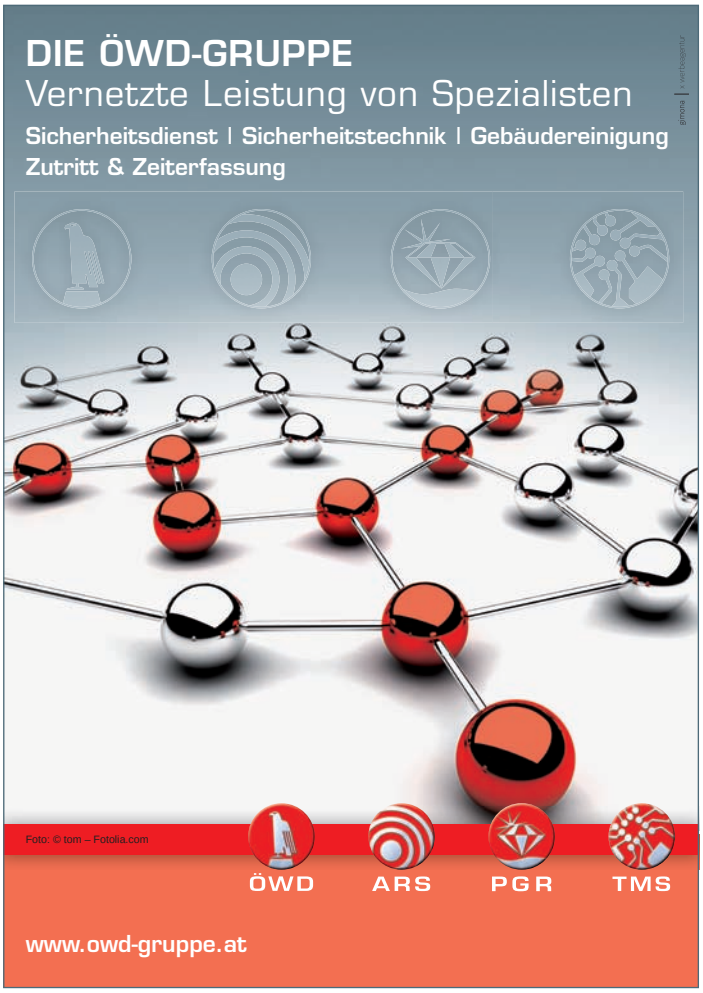
Die ÖWD Straßenaufsichtsorgane haben sich über viele Jahrzehnte bei vielen Gemeinden in ganz Österreich bewährt. Diese Seriosität, Erfahrung und Qualifikation ist ein wesentlicher Faktor für die Akzeptanz durch die Bürger. Dabei können Sie auf eine eigene Software zurückgreifen, die speziell für Kommunen entwickelt wurde. Dabei wird der gesamte Workflow - von der Anonym- bis zur Strafverfügung nicht manipulierbar erfasst und über ein Web-Portal an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weitergeleitet.

Vorteile für die Gemeinde:

· Jeder Bürger erhält ganz einfach einen Parkschein: Entweder per Handy oder per Vorverkauf von Parkscheinen. Der ÖWD kümmert sich auf Wunsch um alles. Über die Abklärung mit der Bezirkshauptmannschaft bis zum EDV-System.

· Durch die digitale Zahlung erfolgt die Überweisung in kürzest möglicher Zeit. Die Gemeinde hat die volle Kontrolle. Von der Anweisung der Strassenaufsichtsorgane bis zur Echzeit-Übersicht der täglichen Einnahmen.

· In Summe erhält die Gemeinde hohe Mehreinnahmen: Es sind keine teuren Parkautomaten notwendig, keine aufwendige Administration, keine zeitintensiven Abklärungsgespräche.



# Gemeinden verpflichten sich österreichweit zu Nulldefizit

Mit der Unterzeichnung des Stabilitätspakts, die im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz in Bad Hall erfolgte, nehmen die Gemeinden Österreichs eine enorme Herausforderung auf sich. Sie sind die einzigen Gebietskörperschaften, die zukünftig in Summe keine neuen Schulden machen dürfen. Demgegenüber sind die Bundesländer und der Bund berechtigt bis zu einem Ausmaß von rund 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eine Neuverschuldung einzugehen. „Die Gemeinden leisten ihren Beitrag zur Budgetkonsolidierung“, bekräftigte Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer.

## Enormer Kraftakt für die Kommunen

Die Verpflichtung der Gemeinden auf ein Nulldefizit bezeichnete er als enormen Kraftakt, der nur unter zwei Voraussetzungen möglich sei: Erstens durch die Finanzierung der Mehrkosten der Pflege, die ebenfalls bis einschließlich 2014 fixiert wurde und ein Volumen von 658 Millionen Euro umfasst, und zweitens durch die schriftliche Zusicherung, dass die Länder die Gemeinden künftig nicht mit neuen Aufgaben und deren Finanzierung einseitig belasten dürfen - ein Belastungsstopp, den der Gemeindebund wiederholt eingemahnt hatte.

Trotzdem werde es sehr schwer werden, dass die Gemeinden das Nulldefizits erreichen, weil einerseits die Gemeinden mit einem großen Investitionsstau fertig werden müssen und andererseits neue Aufgaben im Bereich der Kinderbetreuung anstehen.


# Zielgerichtet anlegen

## ... mit dem Depotcheck der Hypo Tirol Bank

Wertpapiere und Veranlagungsmöglichkeiten gibt es viele. Doch wie kann man aus dem großen Angebot das jeweils passende Produkt finden? Der Erfolg einer Vermögensanlage ist von der Analyse der ganz persönlichen Wünsche und Ziele abhängig – für jedes Bedürfnis, wie z. B. Sicherheit, bestimmte Laufzeiten etc., gibt es in der weiten Welt der Wertpapiere Lösungen. Der Depotcheck der Hypo Tirol Bank zeigt attraktive Möglichkeiten, wie ein Wertpapier-Portfolio langfristig erfolgsversprechend gestaltet werden kann.

**Nachvollziehbar und verständlich**
Die Veranlagungsexperten der Hypo Tirol Bank nehmen dafür das bestehende Portfolio genau unter die Lupe – auch hinsichtlich Vermögenszuwachssteuer. Das Ergebnis ist eine übersichtliche Einschätzung des Ist-Zustands. Basierend auf den finanziellen Zielen und Wünschen sowie der individuellen Risikoneigung wird ein Ziel-Portfolio ausgearbeitet. Natürlich werden auch die Chancen und Risiken der unterschiedlichen Veranlagungsmöglichkeiten ausführlich besprochen. Ganz wichtig dabei ist: Durch eine langfristige strategische Vermögensaufteilung verbessert sich das Rendite-Risiko-Profil. Und: Je länger die vorgesehene Anlagedauer ist, desto breiter kann auch die Vermögensaufteilung erfolgen. Das Ergebnis sind konkrete und übersichtliche Maßnahmenvorschläge, damit das Portfolio optimal für die Zukunft ausgerichtet ist.

Rene Schneider
Anlage Center Zentrale
Tel 050700 2417
rene.schneider@hypotirol.com

*„Persönliche Beratung sowie ein ausgezeichnetes Know-how sind genauso entscheidend für eine erfolgreiche Geldanlage wie die richtige und verständliche Produktauswahl.“*

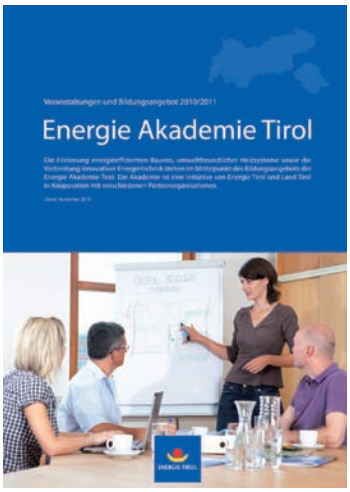
**www.hypotirol.com**

HYPO TIROL BANK
Unsere Landesbank.

# Energiepartnerschaften mit A++Gemeinden

## *Land strebt enge Zusammenarbeit mit Gemeinden an*

**Zu Jahresbeginn startete Energie Tirol im Auftrag des Landes und in Zusammenarbeit mit dem Tiroler Gemeindeverband die Effizienzinitiative „A++ – Wir sind Energie Gemeinde!“. Mehr als 30 Gemeinden nehmen bisher teil.**




Das Gemeinde-Programm ist ein wichtiger Beitrag zum Tiroler Effizienzprogramm zur Erreichung der Ziele der Tiroler Energiestrategie 2020. Im Rahmen von Energiepartnerschaften verpflichten sich die Gemeinden zu einem sparsamen Umgang mit Energie sowie zum maximalen Einsatz von erneuerbaren Energieträgern. Das Programm setzt auf die Intensivierung von Effizienzmaßnahmen im gemeindeeigenen Bereich sowie auf eine intensive Einbindung der Bevölkerung. Langfristiges Ziel der Kooperation ist ein energieautarkes Tirol.

### Beratungspaket für Gemeinden

Zur Unterstützung der Gemeinden bietet Energie Tirol A++Gemeinden eine Reihe von Beratungs- und Serviceleistungen. Konkret werden ein Beratungspaket zur Erhebung des Ist-Zustandes der Gemeindegebäude, Spezialberatungen zum Neubau oder zur Sanierung – und mit dem „EQ“ eine energietechnische Baubegleitung angeboten. Dass Handlungsbedarf in den Gemeinden besteht, belegt eine Erhebung von Energie Tirol unter 88 Gemeinden, in der Anzahl und Nutzung der Gebäude, das Gebäudealter sowie der Sanierungszustand erfasst wurden. Die Befragung zeigt, dass Sanierungsbedarf vor allem im Bereich von Kindergärten und Schulen sowie Mehrzweckgebäuden besteht. So werden etwa 35 Prozent der gemeindeeigenen Gebäude als Kindergarten- und Schulgebäude genutzt, fast die Hälfte dieser Gebäude ist sanierungsbedürftig. Hinzu kommt, dass der Anteil an fossilen Energieträgern mit 61 Prozent der erhobenen Gebäude besonders hoch ist.

### Die Energie Akademie

Bereits im Herbst vergangenen Jahres wurde die Tiroler Energie Akademie gegründet. Ein wichtiger Bereich der Akademie sind Aus- und Weiterbildungsangebote für Gemeinden. Auf dem Herbstprogramm stehen so interessante Themen wie Green IT, Komfortlüftungen aber auch

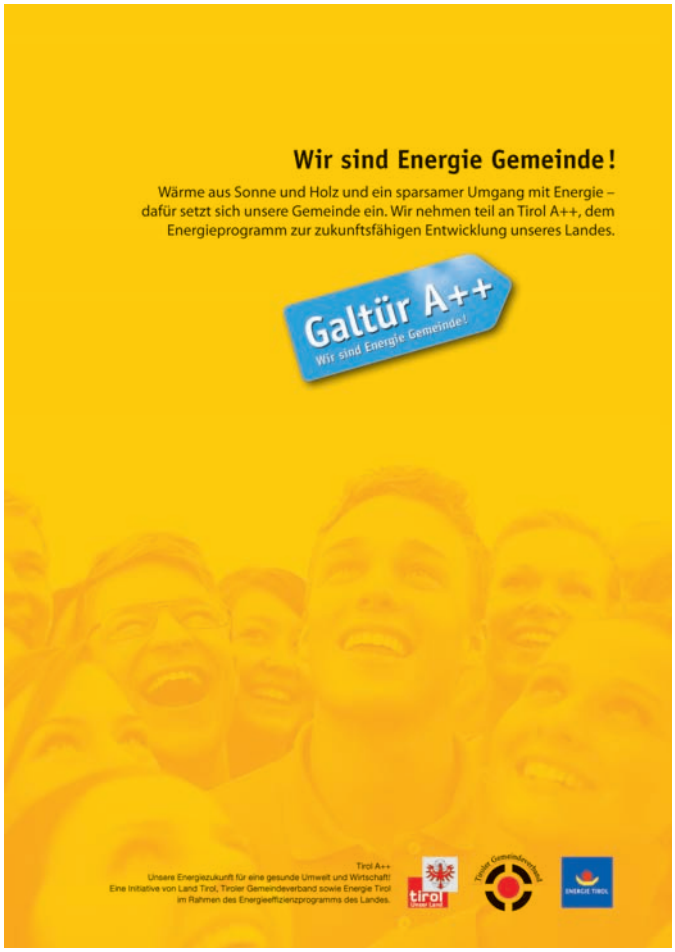


Foto: Gemeinde Galtür

wieder die gut besuchten Hauswarteschulungen sowie Schulungen zum Energie Controlling in Gemeinden.

**Im Internet:**
**www.energie-gemeinde.at**

Im Frühjahr fiel der Startschuss für eine neue Website, die sich als Informations- und Servicemedium für alle Gemeinden versteht. Auf der Homepage finden Gemeinden aktuelle Veranstaltungs-, Informations- und Beratungsangebote aber auch Best Practice Beispiele aus anderen Gemeinden. Ein besonderes Service wird den A++Gemeinden mit dem internen Bereich geboten. Gemeinden, die sich am Programm beteiligen, steht hier eine Plattform mit einer Vielzahl von Infomaterialien, Flugblättern, Textbausteinen, Fotomaterial etc. zum Download zur Verfügung.

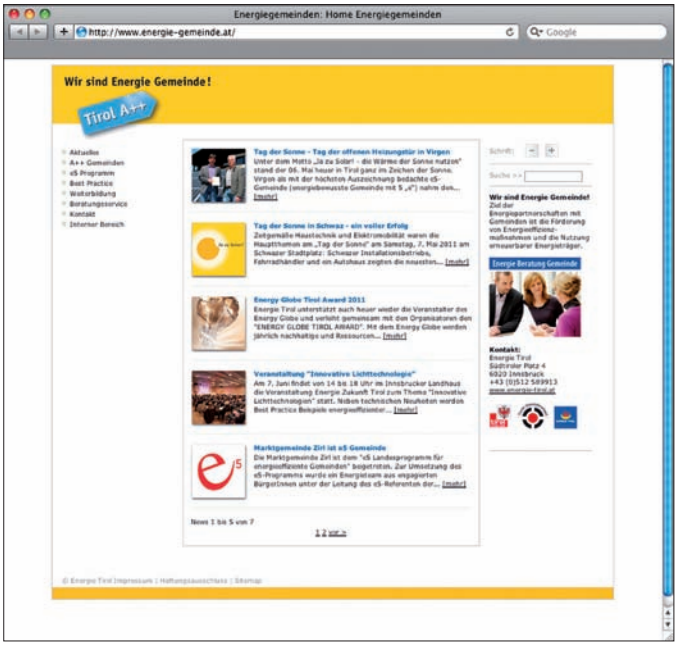
## Beratung für alle Gemeindebürger

Im Rahmen der Energiepartnerschaft erhalten die Gemeinden zudem Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen Themen und beim Beratungsangebot für Bürger. So werden den Gemeinden Experten für eigene Beratungsangebote zur Verfügung gestellt bzw. auch Kooperationen mit den Energie Service Stellen vermittelt.

## Systematisches Handeln

Ziel des Gemeindeprogramms ist es, die Gemeinden systematisch auf allen Handlungsebenen zu unterstützen und zu einer nachhaltigen kommunalen Energiepolitik hinzuführen. Im Gegenzug verpflichten sich die Gemeinden zur Ernennung eines Energiezuständigen, zur Teilnahme an bestimmten Weiterbildungsmaßnahmen, zur Einführung eines Energie-Controllings mit genauen Aufzeichnungen sowie zur Teilnahme an den Informationsschwerpunkten des Landes.

Grundlegend sind außerdem eine Ist-Erhebung der Gebäude sowie ein planerisches Vorgehen bei Sanierungen und Neubauten. Das Landesprogramm ist auf insgesamt 50 Partnergemeinden beschränkt.




ENERGIE TIROL

**www.energie-tirol.at**

**Energie Tirol**
Sigrid Sapinsky
Tel. 0512-589913-19
E-Mail: sigrid.sapinsky@energie-tirol.at

# Die CTUA bietet Gemeinden umfangreiche Analysen an

**Die chemisch-technische Umweltschutzanstalt (CTUA) ist eine Einrichtung des Landes Tirol. Ursprünglich war die CTUA eine Außenstelle der Abteilung Umweltschutz. Heute ist sie als technische Organisationseinheit der Baudirektion unterstellt. In der CTUA sind Chemiker, Biologen und Laboranten beschäftigt. Der Tätigkeitsbereich der CTUA gliedert sich im wesentlichen in zwei Hauptbereiche, das Landeslabor und den Sachverständigenteil.**

Das Landeslabor besteht seit etwa 20 Jahren und wird seit seinen Anfängen für die Abwicklung von landesinternen Umweltanalysen eingesetzt. Inzwischen hat sich das Kunden- und Aufgabenspektrum wesentlich verbreitert. So werden schon seit einiger Zeit Auftragsanalysen für Gemeinden, Abwasserverbände, Gewerbe- und Industriebetriebe und andere Laboratorien durchgeführt.

Das Landeslabor ist auf folgende Untersuchungen spezialisiert:

- ❑ kommunale Abwasseruntersuchungen samt Begutachtung (Fremdüberwachung)
- ❑ Klärschlammuntersuchungen
- ❑ betriebliche, industrielle Abwasseruntersuchungen
- ❑ Abfall- und Bodenuntersuchungen
- ❑ Analyse von Sickerwässern
- ❑ Kompost- und Wirtschaftsdüngeruntersuchungen
- ❑ Analyse von Grund,- Quell- und Oberflächenwässern
- ❑ bakteriologische/hygienische Fragestellungen
- ❑ Schadstoffgehalte im Wasser
- ❑ Reinstwasseruntersuchungen (Kesselwasser)
- ❑ Staub- und Feinstaubuntersuchungen im Zusammenhang mit der Luftgüte-Überwachung.

Das Labor der CTUA war als erstes Landeslabor in Österreich als Prüfstelle für Wasser- und Kompost–untersuchungen akkreditiert. Die Zuverlässigkeit der Analysenergebnisse ist durch die laufende und erfolgreiche Teilnahme an vielen Ringversuchen dokumentiert. Im Sinne einer korrekten Kundenbeziehung werden alle Analysenergebnisse gegenüber Dritten streng vertraulich behandelt. Das Team der CTUA würde sich freuen, auch Sie zu unserem Kundenkreis zählen zu können.

Neben der Labortätigkeit bearbeiten die Fachleute der CTUA als Amtssachverständige für die Landes- und mittelbare Bundesverwaltung chemische und umwelttechnische Fragestellungen im Zusammenhang mit Behördenverfahren wie z.B. Betriebsanlagengenehmigungen und -überprüfungen, Sicherheitsinspektionen bei Chemieanlagen, fachliche Fragestellungen des Chemikalienrechtes, chemisch-technische Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Wasserrecht u.v.a.m.

Weiters wird für die Landeswarnzentrale ein durchgehender Bereitschaftsdienst zur Abwehr und Bewältigung von Chemieunfällen aufrechterhalten.

Fotos: Land Tirol/CTUA

**Ein Team der chemisch-technischen Umweltschutzanstalt während einer Seenprobennahme.**

**LAND TIROL**
**Chemisch-technische Umweltschutzanstalt**
Langer Weg 27
6020 Innsbruck

Tel. 0512 508 7602
Fax: 0512 508 7605
E-Mail: ctua@tirol.gv.at

Internet: www.tirol.gv.at/themen/umwelt/ctua

tirol
Unser Land

# Wie sich die Gemeinden vor steigenden Zinsen schützen

**Die meisten Menschen und Institutionen sichern sich gegen die verschiedensten Risiken ab. So schützen sie sich vor Einflüssen von außen. Doch kann sich beispielsweise eine Gemeinde vor ungünstigen Zinsentwicklungen schützen? Die Antwort lautet „Ja" – mit dem Raiffeisen Zinscap.**

Jede Gemeinde will bei ihren Investitionen Sicherheit. Der Raiffeisen Zinscap garantiert diese – gerade in Zeiten steigender Zinsen.

## CAP bringt Sicherheit

Der Vorteil einer CAP-Vereinbarung gegenüber einer Fixzinsvariante besteht darin, dass der Kunde, in diesem Fall die Gemeinde, sowohl von gleich bleibenden als auch sinkenden Zinsen in vollem Umfang profitiert. Gleichzeitig ist der Kunde gegen steigende Zinsen abgesichert.

Man kann eine derartige Zinscap-Vereinbarung auch mit einer „Versicherungsprämie gegen steigende Zinsen" vergleichen. Die Prämie dafür ist nur einmalig bei Abschluss der Vereinbarung fällig.

Mit dem Raiffeisen Zinscap profitieren Gemeinden vom derzeit immer noch niedrigen Zinsniveau und sichern sich vor steigenden Zinsen ab. Damit wird die Zinsbelastung kalkulierbar.

Der Raiffeisen Zinscap

## CAP garantiert Flexibilität

kann losgelöst von einer Finanzierung abgeschlossen werden und ist auch für Kredite bei Fremdbanken geeignet. Er bietet zudem hohe Flexibilität im Hinblick auf die Laufzeit.

„Gerade angesichts der Tatsache, dass steigende Zinsen nicht ausgeschlossen werden können, lohnt sich ein persönliches Gespräch mit den Kundenbetreuern der Tiroler Raiffeisenbanken", erklärt Mag. Heinrich Kranebitter, Raiffeisen Kommunal-Betreuung Tirol. „Denn", so Kranebitter weiter, „Kostensicherheit optimiert bestehende Kreditverhältnisse der Gemeinden. Die Raiffeisenbank bei Ihnen im Ort findet für Sie die optimale Lösung."

Für eine bestehende, til-

## So günstig ist Sicherheit

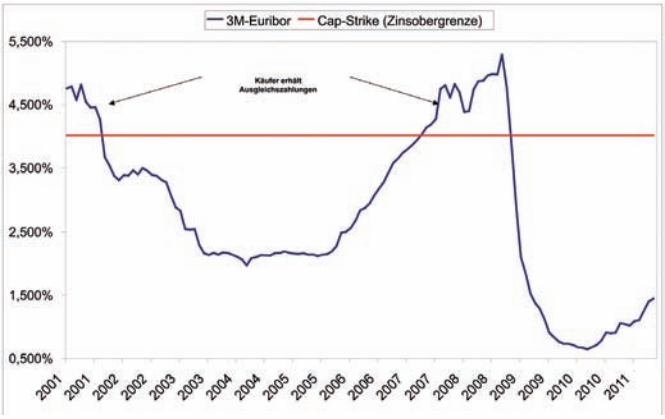
gende Finanzierung über 500.000 Euro mit einer Restlaufzeit von sieben Jahren, deren Verzinsung an den Dreimonats-Euribor gebunden ist, wird ein Raiffeisen Zinscap mit einem Strike-Price von 4 % vereinbart.

Der Zinssatz ist damit für die Dauer von sieben Jahren mit 4 % pro Jahr zuzüglich des individuell vereinbarten Aufschlages gedeckelt.

Die Prämie für diese Absicherung beträgt einmalig 6.300 Euro für die gesamte Laufzeit von sieben Jahren (Stand: Juni 2011).

**Mag. Heinrich Kranebitter**
Raiffeisen-Kommunal Betreuung Tirol

Er ist für Sie bei allen Anfragen bzw. für Terminvereinbarungen erreichbar unter Telefon 0512 5305 DW 11235 bzw. mobil unter 0664 855 26 57 bzw. per E-Mail unter heinrich.kranebitter@rlb-tirol.at



**Als Partner begleiten die Tiroler Raiffeisenbanken Gemeinden z. B. bei infrastrukturellen Maßnahmen. Im Bild v. l. der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Bgm. Mag. Ernst Schöpf, der Präsident des Österr. Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, Kitzbühels Bgm. Dr. Klaus Winkler, Mag. Heinrich Kranebitter, Raiffeisen-Kommunal Betreuung Tirol, und Ortsbäuerinnen beim Österreichischen Gemeindetag.**

# Tiroler Landesgesetze und Verordnungen

Verordnung der Landesregierung vom 8. März 2011, mit der die Verordnung über den Schutz der Bediensteten vor Gefährdung durch bestimmte physikalische Einwirkungen am Arbeitsplatz, die Verordnung über den Schutz jugendlicher Bediensteter und die Verordnung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz geändert werden

Verordnung des Landeshauptmannes vom 15. März 2011, mit der die Verordnung über die Geschäftseinteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung geändert wird

Gesetz vom 9. Februar 2011, mit dem das Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz geändert wird

Verordnung der Landesregierung vom 29. März 2011, mit der das Abfallwirtschaftskonzept geändert wird

Gesetz vom 9. Februar 2011, mit dem das Landesbeamtengesetz 1998 (43. Landesbeamtengesetz-Novelle), das Landes-Vertragsbedienstetengesetz (12. L-VGB-Novelle), das Gemeindebeamtengesetz 1970, das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz (14. G-VBG-Novelle), das Innsbrucker Gemeindebeamtengesetz 1970, das Innsbrucker Vertragsbedienstetengesetz (10. I-VBG-Novelle), die Landesreisegebührenvorschrift, das Beamten- und Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz 1998, das Gemeindebeamten-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz 1998, das Tiroler Stiftungs- und Fondsgesetz 2008, das Tiroler Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz 2000, das Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz, das Tiroler Naturschutzgesetz 2005, das Tiroler Landwirtschaftskammer- und Landarbeiterkammergesetz, das Tiroler Tierzuchtgesetz 2008, das Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996, das Tiroler Buchmacher- und Totalisateurgesetz, das Tiroler Schischulgesetz 1995, das Tiroler Bergsportführergesetz, das Tiroler Elektrizitätsgesetz 2003, das Tiroler Wohnbauförderungsgesetz 1991, die Landarbeitsordnung 2000, das Tiroler Heimgesetz 2005, das Tiroler Grundversorgungsgesetz, das Tiroler Pflegegeldgesetz und das Tiroler Rehabilitationsgesetz geändert werden (Tiroler EPG-Anpassungsgesetz)

Gesetz vom 9. Februar 2011, mit dem das Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 geändert wird

Gesetz vom 16. März 2011, mit dem das Tiroler Krankenanstaltengesetz geändert wird

Gesetz vom 16. März 2011, mit dem das Landes-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (13. L-VBG-Novelle)

Verordnung des Landeshauptmannes vom 12. April 2011 über die Bildung von Waldbetreuungsgebieten

Gesetz vom 16. März 2011, mit dem das Tiroler Pflegegeldgesetz geändert wird

Gesetz vom 16. März 2011, mit dem das Gemeindesanitätsdienstgesetz geändert wird

**Impressum**

Medieninhaber und Herausgeber:
Tiroler Gemeindeverband

Geschäftsführer des Medieninhabers: Dr. Helmut Ludwig

Anschrift: 6020 Innsbruck,
Adamgasse 7a
Tel. 0 512/58 71 30
Fax: 0 512/58 71 30 - 14
E-Mail:
tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at

Redaktionsleitung: Peter Leitner

Hersteller: Raggl Druck GmbH
Rossaugasse 1, 6020 Innsbruck

Erscheinungsweise:
Alle 2 Monate
Erscheinungsort: Innsbruck
Bezug: gratis

Offenlegung gem. § 25 MedG.
Medieninhaber:
Tiroler Gemeindeverband
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck

## BÜROUMBAU BEIM TIROLER GEMEINDEVERBAND

Im Juli und August stehen in unseren Räumlichkeiten in der Adamgasse große Umbaumaßnahmen an. Aus diesem Grund wird es nur einen eingeschränkten Parteienverkehr geben. Die genauen Zeiten sind in Kürze unter **www.gemeindeverband.tirol.gv.at** unserer Homepage zu entnehmen. Wir Danke für Ihr Verständnis.

# Personalia

| | |
|---|---|
| Bgm. Andreas Mayr, Walchsee | 55 |
| Alt-Bgm. Hermann Jäger, Spiss | 80 |
| Bgm. Werner Kurz, Ischgl | 50 |
| Alt-Bgm. Georg Schwaighofer, Niederndorferberg | 75 |
| Bgm. Anton Steiner, Prägraten a. G. | 50 |
| Alt-Bgm. Johann Haun, Hart i. Z. | 75 |
| Alt.-Bgm. Florian Neururer, St. Leonhard i. P. | 75 |
| Alt-Bgm. Johann Scheffauer, Kaltenbach | 85 |
| Alt-Bgm. Ing. Matthias Hauser, Fügenberg | 75 |
| Alt-Bgm. Manfred Krismer, Imst | 70 |

# Ist die Gemeinde auch für die Gesundheit zuständig?

Foto: UMIT/Archiv

**Mag.ª Magdalena Güntert-Schlegel**
Bereichsleiterin IMÖG/UMIT
Tel. +43/(0)50-8648-3876
E-Mail: Magdalena.Guentert-Schlegel@umit.at

Angesichts der angespannten Finanzlage vieler Gemeinden und der aktuell diskutierten zunehmenden Belastung durch die Pflege und Betreuung alter Menschen mutet diese Frage fast provokativ an. Oft wird argumentiert, dass Gesundheit eine Privatsache ist und daher in die Eigenverantwortung eines jeden fällt und Gemeinden primär andere Aufgaben zu erfüllen hätten. Aus einer gesellschaftlichen und langfristigen Perspektive kann bzw. muss die Frage jedoch anders beurteilt werden. Die Menschen in Österreich werden immer älter. Mit zunehmendem Alter steigt die Nachfrage nach Gesundheits- sowie nach Pflege- und Betreuungsleistungen an. Damit werden auch die Kosten in diesen Bereichen steigen und folglich die Sozialversicherungen, den Bund, die Länder und schlussendlich auch die Gemeinden stärker belasten. Dieser Entwicklung entgegenzuwirken muss im Interesse der Gemeinden liegen.

Die Förderung der Gesundheit von Mitarbeitern sowie Bewohnern einer Gemeinde wird somit zu einer langfristigen gesellschaftlichen Aufgabe. Maßgeblich dafür verantwortlich ist ein neues Denken und Verständnis von „Gesundheit“. Zum Einen ist Gesundheit nicht mehr nur das „Fehlen von Krankheit“, sondern bedeutet auch Wohlbefinden (WHO: soziales, psychisches und körperliches Wohlbefinden), zum Anderen ist Gesundheit nicht ein Gut, das gegeben ist oder konsumiert werden kann. Gesundheit entsteht vielmehr aufgrund individueller und gesellschaftlicher Gesundheitsressourcen, die aktiv eruiert, gefördert und genutzt werden müssen.

Dieses Umdenken begann in den 1960er-Jahren, konkretisierte sich in den 1990er-Jahren (Prävention und Gesundheitsförderung) und führte in den letzten Jahren auch zu politischen Konzepten wie Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen (Health Impact Assessment) und „Gesundheit in allen Politikbereichen (Health in all Policies). Unbestritten ist heute die Erkenntnis, dass „Gesundheit“ durch die Umgebung beinflussbar ist. „Umgebung“ wird nicht ausschließlich über geographische Räume wie Wohnungs- und Gemeindegestaltung oder Landschaft definiert. Darunter versteht man auch soziale Netze und Organisationen. Gesundheit und Krankheit werden durch Belastungen am Arbeitsplatz, der Wohn- und Verkehrssituation, die (fehlenden) sozialen Kontakte und Netze, den Zugang zu Natur usw. beeinflusst, d.h. von Dimensionen, die über den bisher von der Medizin und Arbeitsmedizin eingeforderten bzw. kontrollierten Bereich hinausgehen.

Gesundheitsförderung fokussiert nicht mehr nur auf „Krankmacher“, gesucht werden vielmehr „Gesundheit erhaltende Ressourcen“. Diese Ressourcen finden sich auf individueller Ebene z.B. der Bewohner einer Gemeinde. Sie finden sich aber auch in Organisationen wie Unternehmen, Schulen, Sozialeinrichtungen oder Gemeinden. Erfolgreiche Projekte gehen dabei weit über reine Verhaltensänderungen (Ernährung, Bewegung, Stressmanagement usw.) bei Mitarbeitern und Bewohnern hinaus. Sie setzen vielmehr an den Strukturen an (Verhältnisänderung).

In Gemeinden fallen zwei Settings für Gesundheitsförderung und Gesundheitsmanagement zusammen. Einerseits ist die Gemeinde Arbeitgeber und kann unter Nutzung der Konzepte des betrieblichen Gesundheitsmanagements Zufriedenheit, Lebensqualität und Gesundheit der eigenen Mitarbeiter fördern. Andererseits bestehen bereits vielfältige und erfolgreiche Erfahrungen mit kommunaler Gesundheitsförderung für die Bewohner.

Der Gemeindeverband, die TGKK und das IMÖG (Institut für Management und Ökonomie im Gesundheitswesen) an der UMIT, Hall, laden Mitte September zu einer Informationstagung ein.

# Licht im öffentlichen Raum

## *„Kommunale Straßenbeleuchtung" als Seminarthema der IKB*

Am 11. Mai 2011 lud die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB) in den Congresspark Igls zum Seminar „Kommunale Straßenbeleuchtung". Das Seminar wurde von der IKB gemeinsam mit der Lichttechnischen Gesellschaft Österreichs (LTG) organisiert. Über 50 Gemeindevertreter aus ganz Tirol hatten Gelegenheit, sich umfassend über die Anforderungen einer modernen Straßenbeleuchtung und den neuesten Stand der Technik zu informieren.

**Kaltenbach war 2008 die erste Tiroler Gemeinde, die gemeinsam mit den IKB-Lichtprofis zukunftsweisende Technologien und Lösungen umsetzte. Demnächst folgen St. Johann, Fendels und Völs.**

**❑ Die vielen Aspekte einer energieeffizienten Beleuchtung**

Die vortragenden Expertinnen und Experten zeigten das breite Spektrum des Themas auf. Von den Aufgaben des Lichts im öffentlichen Raum über gesetzliche Anforderungen bis hin zur modernen Ortsbildgestaltung und Umweltschutz konnten die Gemeindevertreter Nützliches erfahren. Ein Schwerpunkt war die EU-Verordnung, die ab 2015 das Aus von veralteten und umweltschädlichen Leuchtmitteln und den Einsatz von energieeffizienten und umweltgerechten Beleuchtungssystemen fordert.

**❑ IKB-Dienstleistungen: Straßenbeleuchtungs-Check und Licht-Contracting**

So müssen sich alle Tiroler Gemeinden verstärkt mit ihrer Straßenbeleuchtung auseinandersetzen. Die IKB ist das kommunale Versorgungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck und bietet ihr Know-how allen Tiroler Gemeinden an. Nach einem Straßenbeleuchtungs-Check, bei dem die Ist-Situation analysiert wird, plant die IKB für Gemeinden wie z.B. Patsch und Gnadenwald die Errichtungs-, Sanierungs- und Optimierungsmaßnahmen der Beleuchtungsanlage. Für eine Monatspauschale übernimmt die IKB u.a. für Kundl und Brixlegg beim Licht-Contracting Wartung und Instandhaltung und bietet so ein Rund-um-Service.

Mit einem maßgeschneiderten Angebot können die Kommunen viel Geld und Energie sparen. Georg Dollinger, IKB-Management: „Durch Inanspruchnahme der Licht-Services als ‚All-Inclusive'-Paket der IKB können die Tiroler Gemeinden zwischen 30 und 50 Prozent an Energie und Kosten einsparen. Auch die IKB-Förderberatung ist für die Gemeinden kostenlos."

**❑ Gemeinsam Gemeindeprojekte umsetzen**

Eine nicht effizient eingesetzte Beleuchtung verursacht Kosten und schadet noch dazu Klima und Umwelt. Bürgermeister Landtagsabgeordneter Klaus Gasteiger von Kaltenbach ist froh, dass sich seine Gemeinde schon frühzeitig mit dem Thema beschäftigt hat. „In der IKB haben wir einen kompetenten Partner gefunden. Die Erfahrungen, welche die IKB in Innsbruck sammelt, werden in den Tiroler Gemeinden umgesetzt. Die Zusammenarbeit unseres Bauhofleiters mit den zertifizierten IKB-Lichttechnikern ist vorbildlich. Auch bleiben so Tiroler Steuergelder in Tirol."

**Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB)**
Georg Dollinger MBA
georg.dollinger@ikb.at
Tel. 0676-83686-5326

# Ist das Lebensmittel Nummer eins inzwischen in Gefahr?

*„Viele Anlagen zur Trinkwasserversorgung sind sanierungsbedürftig. Es gibt Systeme, die 100 Jahre alt sind, Behälter, Rohrleitungen, die 50 bis 70 Jahre auf dem Buckel haben."*

*Herr Fritsch, sie sind Obmann der Fachgruppe Wasserbau und Umwelttechnik. Warum sehen Sie die Wasserversorgung in Tirol in Gefahr?*

**Erich Fritsch:** Von Gefahr möchte ich jetzt noch nicht sprechen. Aber Tatsache ist, dass viele Anlagen zur Trinkwasserversorgung sanierungsbedürftig sind. Es gibt Systeme, die rund 100 Jahre alt sind, Behälter, Rohrleitungen, die 50 bis 70 Jahre auf dem Buckel haben. Sie gehören dringend saniert. Doch leider fehlen insbesondere Klein- und Kleinstgemeinden die Mittel die überalteten Anlagen zu erneuern. Das wird zum Problem.

**Erich Fritsch, Ingenieurkonsulent für Bauingenieurwesen, ist stellvertretender Sektionsvorsitzender und Obmann der FG Wasserbau und Umwelttechnik der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg.**

## Kleingemeinden sind betroffen

*Warum trifft das vor allem kleine Gemeinden?*

**Fritsch:** Obwohl das Wasser Lebensmittel Nr. 1 ist, ist es extrem billig. Das heißt, in Orten mit geringer Einwohnerzahl gehen Einnahmen und Ausgaben extrem auseinander. Während die Versorgungsunternehmen in größeren Orten regelmäßige Erneuerungen durchführen konnten und auch durchführen, hat man das in kleinen Gemeinden daher auf die lange Bank geschoben.

*Wie schaut es mit Förderungen von Seiten des Landes Tirol aus?*

**Fritsch:** Leider ist es so, dass das Land Tirol keine Förderungen für die Sanierung der Trinkwasseranlagen bereitstellt. Die Gemeinden müssen also für 85 Prozent der Kosten selbst aufkommen, 15 Prozent bekommen sie vom Bund. In den anderen Bundesländern gibt es allerdings sehr wohl Förderungen. Als vorbildlich gilt Vorarlberg. Dort erhalten Gemeinden von Seiten des Landes zwischen 27 und 32 Prozent Unterstützung zusätzlich zur Bundesförderung. Das heißt, sie müssen im besten Fall nur für die Hälfte der Sanierungskosten aufkommen. Das macht einen enormen Unterschied. Es wäre daher wichtig, hier beim Land ein Umdenken zu erwirken.

*Nun heißt es aber auch auf Landesseite sparen . . .*

**Fritsch:** Natürlich. Aber ich denke, die Sicherstellung einer hochwertigen Trinkwasserversorgung ist im absoluten Interesse aller Tirolerinnen und Tiroler. Wichtig wäre allerdings, ein Bewusstsein für den Wert des Wassers zu schaffen. Es ist in Tirol viel die Rede vom Wert der Wasserkraft, von sauberer Energie, aber interessanterweise redet niemand darüber, dass das Wasser das wichtigste Lebensmittel ist. Wir nehmen es als selbstverständlich, dass Trinkwasser in ausreichendem Maß und von höchster Qualität stets zur Verfügung steht. Damit das aber so bleibt, müssen dringend Investitionen getätigt werden.

## Investitionen sind dringend nötig

*Das Gespräch mit Erich Fritsch führte Susanne Gurschler.*

# Weniger Schilder und Kosten, dafür mehr Verkehrssicherheit

**Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) überprüfte Verkehrszeichen in der Gemeinde Waidring: Ein Drittel der Schilder sind nicht notwendig und können entfernt werden.**

Die Gemeinde Waidring hat das Tiroler KFV beauftragt, auf den Straßen des Gemeindegebietes die vorhandenen Verkehrszeichen zu untersuchen. Hintergrund ist die gesetzliche Lage, die die zuständigen Behörden verpflichtet, alle zwei Jahre die „angebrachten Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs“ daraufhin zu überprüfen, ob diese noch erforderlich sind. Nicht mehr notwendige Einrichtungen sind zu entfernen.

**KFV-Tirol-Leiter Norbert Blaha (links) mit dem Waidringer Bürgermeister Georg Hochfilzer.**

## Verpflichtende Überprüfung

„Überprüft wurden alle 150 Verkehrszeichen der Gemeinde einschließlich der Zusatztafeln“, so Norbert Blaha, Leiter des KfV in Tirol. Jede Tafel wurde vor Ort begutachtet, katalogisiert und auf die erforderliche Verordnung geprüft. Die Begutachtung ergab, dass 50 Schilder entfernt werden können. Neben der finanziellen Ersparnis durch weniger Tafeln bringen nur notwendige Verkehrszeichen auch ein Mehr an Sicherheit für Verkehrsteilnehmer, weil sich diese auf die wesentlichen Verkehrszeichen konzentrieren können.

Neben der Reduktion der Schilder wurden auch verschiedene Mängel festgestellt: Manche Tafeln waren veraltet und somit nicht mehr gültig. Einige Schilder waren falsch aufgestellt (falsche Straßenseite, Abstand vor Kreuzungen zu groß), bei manchen fehlte die erforderliche behördliche Verordnung.

## Mehr Sicherheit im Verkehr

Aus technischen und rechtlichen Mängeln bei Verkehrszeichen entsteht eine Rechtsunsicherheit für die Gemeinde als Straßenerhalter. Fahrzeuglenker können u. a. wegen Kundmachungs-mängeln gegen Strafen erfolgreich Einspruch erheben. Damit trägt die Überprüfung der Verkehrszeichen zur rechtlichen Sicherheit und zur Hebung der Verkehrssicherheit in der Gemeinde bei. Zusätzlich können durch die Reduktion und die Katalogisierung Einsparungen in der Erhaltung lukriert werden, die den Aufwand für die „Durchforstung des Schilderwaldes“ wieder hereinspielen. 50 Verkehrszeichen weniger bringen der Gemeinde bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von 10 Jahren für ein Verkehrszeichen mindestens eine Ersparnis von zumindest 10.000 Euro.

**Kuratorium für Verkehrssicherheit**
Ing. Mag. Norbert Blaha
Südtirolerplatz 4
6020 Innsbruck
Tel. 0577077-2710
E-Mail: norbert.blaha@kfv.at

# Direkte und schnelle Bürgerkommunikation

## *Kufgem bietet mit „Bürgermeldungen“ einen neuen, innovativen Online-Dienst an*

*Einführungsaktion: Die Erstinstallation und Implementierung von „Bürgermeldungen“ ist bei Bestellung bis 31. Juli 2011 kostenlos.*

**Ob Schlaglöcher, behindertenfeindliche Gehsteigkanten, Schäden an öffentlichen Einrichtungen oder sonstige Anliegen, Wünsche, Kritik oder Lob. Alles was ärgert, kaputt oder mangelhaft ist, überhaupt fehlt oder auch positiv empfunden wird, kann mit „Bürgermeldungen“ schnell und einfach an die zuständigen Stellen der Gemeindeverwaltung übermittelt werden.**

„Bürgermeldungen“ ergänzt bzw. unterstützt die Mitarbeiter in der Bürgerservicestelle. Anliegen werden automatisch dokumentiert und gleichzeitig wird der Erledigungsstatus im Internet publiziert. Die Einmeldungen können über die Gemeinde-Homepage per Internet oder mittels App über das Handy erfolgen (sowohl über iPhone als auch über Android-Handys).

### Wie funktioniert „Bürgermeldungen“?

Bürger registrierter Gemeinden stellen Schäden oder Auffälligkeiten in ihrem Wohnort fest. Sie möchten die Verantwortlichen in der Gemeinde davon in Kenntnis setzen und verfassen mit dem Handy oder über den PC eine neue Bürgermeldung. Auf Wunsch wird der aktuelle Standort über GPS lokalisiert und es können auch Bilder mit übertragen werden. Eine kurze Beschreibung wird eingegeben und einer Kategorie zugeordnet, damit sie automatisch an die Zuständigen in der Gemeinde (Bauhof, Polizei, Gemeindeamt, etc.) weitergeleitet wird. „Bürgermeldungen“ kann aber auch generell als Kommunikationsinstrument zwischen dem Bürger und der Stadtverwaltung eingesetzt werden.

### Transparente und offene Dialogfunktion

Die Empfänger sowie alle registrierten Benutzer können die Bürgermeldung kommentieren. So entsteht ein echter Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung, der transparent und für alle Bürger einsehbar ist. Über Meldungen bzw. Informationen, die von den Verantwortlichen eingegeben werden können, ist der aktuelle Status jederzeit für alle nachvollziehbar.

### Ab sofort einsetzbar

Die Anwendung „Bürgermeldungen“ ist ab sofort für alle Gemeinden in Tirol, Salzburg und Südtirol einsetzbar und kann von Teilnehmern des E-Government-Projektes Tirol 2.0 kostenlos in Anspruch genommen werden.

Für alle anderen Gemeinden fallen als Basisbetrag pro Jahr 50 Euro an, zusätzlich 0,07 Euro pro Einwohner und Jahr. Eine 3.000 Einwohner-Gemeinde bezahlt somit pro Jahr nur 260 Euro. Für die praktische Anwendung ist eine Halbtagesschulung empfehlenswert.

**Kufgem-EDV Gesellschaft m.b.H.**
Fischergries 2
6330 Kufstein
Tel. 05372 6902
Fax 05372 6902 677
info@kufgem.at
www.kufgem.at